

Industriepolitische Perspektive

Dr. Michael Schöllhorn

Verteidigung und Rüstung haben in Deutschland einen schweren Stand. Das wird oft begründet mit der historisch einzigartigen Schuld, die Deutschland im Zweiten Weltkrieg auf sich geladen hat.

Andererseits aber steht der Umstand in einem klaren Spannungsverhältnis zur heutigen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Deutschlands in Europa. Ohne ein starkes – auch militärisch starkes – Deutschland wird das Projekt eines souveränen Europas nicht gelingen. Eben gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und der historischen Verantwortung ist es Deutschlands Pflicht, seine NATO und EU-Partner zu unterstützen. Dabei gilt immer: „Niemand ohne unsere Partner – immer im völkerrechtlichen Rahmen“.

Das sehen auch unsere europäischen Partner so: Sei es in Frankreich, wo die französisch-deutsche Kooperation völlig zu Recht als Nukleus und Katalysator einer europäischen Verteidigungspolitik gesehen wird. Oder in Polen, wo der einstige polnische Außenminister Radoslaw Sikorski vor einigen Jahren treffend darauf hingewiesen hat, dass er deutsche Schwäche heute mehr fürchte als deutsche Stärke, sprich die Bereitschaft, Führung und Verantwortung in und für Europa zu übernehmen.

Das deutsche Modell einer ökonomischen Großmacht bei gleichzeitiger geopolitischer Ambitionslosigkeit hat nur oberflächlich betrachtet über Jahrzehnte gut funktioniert. Es führte zu steigendem Wohlstand, weil die kostspielige Gewährleistung von Schutz und Sicherheit ausgelagert und zuvorderst als Domäne der USA verstanden wurde. Diese sicherheitspolitische Trittbrettfahrerei Deutschlands wurde in den vergangenen Jahren von unseren internationalen Partnern immer stärker kritisiert, und das zu Recht. Als 2010 der damalige Bundespräsident Horst Köhler in einem Nebensatz darauf hinwies, dass es zwischen dem Status einer Wirtschaftsgroßmacht und den Fähigkeiten zur Verteidigung womöglich einen

Zusammenhang geben müsse, wurde er dafür so scharf kritisiert, dass er sein Amt niederlegte.

Nach dem Ende der Sowjetunion hatte man (auch) in Deutschland fast ausschließlich darauf vertraut, dass sich das Prinzip der liberalen Demokratien endgültig durchsetzen und der Krieg der Vergangenheit angehören werde (Stichwort Friedensdividende). Militärische Gewaltanwendung war allenfalls als humanitäre Intervention vorgesehen, wertegebunden und im Einklang mit unseren westlichen Partnern – was in der Realität hieß, dass Deutschland sich in größtmöglicher Zurückhaltung üben würde. In ihrem lesenswerten Buch *Future Wars* (2022) haben die US-Militärexperten John R. Allen, Frederick Ben Hodges und Julian Lindley-French vorgerechnet, dass Deutschland nach 1990 durch massive Kürzungen mehr als 300 Milliarden Euro im Verteidigungssegment eingespart hat. Hätten sich Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich zum Beispiel schon 1990 auf ein verbindliches Niveau der Verteidigungsausgaben von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) geeinigt, hätte Frankreich seitdem 80 Milliarden US-Dollar und das Vereinigte Königreich 186 Milliarden US-Dollar einsparen können, weil sie das Ziel übererfüllten. Deutschland hingegen hätte gar 619 Milliarden US-Dollar zusätzlich aufwenden müssen, mit dem heute bekannten und auch allseits (mittlerweile zähneknirschend) eingeräumten Resultat einer heillos unterfinanzierten Bundeswehr.

Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die geopolitische Gemengelage grundlegend verändert. Was bis dato als undenkbar galt, ein offener Krieg in Europa, wurde über Nacht grausame Realität. Mit den russischen Angriffen auf Kiew und Mariupol schwanden auch vermeintliche Gewissheiten der vergangenen Jahrzehnte. Nun wird vielen klar, dass es auch in Europa keinen ewigen Frieden geben würde und wirtschaftliche Verflechtungen totalitäre Staaten nicht davon abhalten, ihre neoimperialistischen Ambitionen mit militärischen Mitteln voranzutreiben (was man gerade im Fall Russlands schon sehr viel früher hätte erkennen können, wenn man es nur gewollt hätte, spätestens seit der Annexion der Krim 2014).

Positiv ist hingegen zu vermerken, dass der Westen auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zügig und inzwischen weitgehend geschlossen reagiert. Nach anfänglichem Zögern

Die Zeitenwende hat das Potenzial für grundlegenden Wandel und bietet die Chance auf eine dringend erforderliche verteidigungspolitische Westintegration Deutschlands auf Augenhöhe mit seinen Partnern.

erklärte sich auch Deutschland bereit, die Ukraine nicht nur mit medizinischem Material und Helmen auszustatten, sondern auch mit Waffen zu beliefern. Die Themen Sicherheit und Verteidigung standen plötzlich ganz oben auf der politischen Agenda, inklusive der Zusicherung, die deutschen Verteidigungsausgaben rasch auf das im Grundsatz seit Langem vereinbarte NATO-Ziel von zwei Prozent des BIP anzuheben. Darüber hinaus wurden 100 Milliarden Euro Sondervermögen bewilligt, um die über Jahrzehnte aufgelaufenen Defizite bei der Ausstattung der Bundeswehr zu beseitigen – oder zumindest erste Schritte in diese Richtung zu unternehmen, denn für mehr werden auch die 100 Milliarden Euro nicht reichen.

Ob sich die sogenannte Zeitenwende in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik langfristig als eine solche erweisen wird, oder sich als kurzfristiges politisches Strohfeuer entpuppt, ist noch nicht absehbar und wird sich erst in einigen Jahren zeigen. Konsequenterweise weitergeführt und umgesetzt, verfügt sie jedoch über das Potenzial für grundlegenden Wandel, national wie auch europäisch, und bietet die Chance auf eine dringend erforderliche verteidigungspolitische Westintegration Deutschlands auf Augenhöhe mit seinen europäischen und internationalen Partnern.

Die deutschen und europäischen Unternehmen können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Dass sie global wettbewerbsfähig sind, steht außer Frage und wurde über Jahrzehnte hinweg erfolgreich demonstriert, sowohl im Schulterschluss mit den europäischen Regierungen als auch auf den internationalen Exportmärkten. Die fortgesetzte strategische Partnerschaft mit den Regierungen in Europa ist gerade in der jetzigen weltpolitischen Lage wichtiger denn je und eine unerlässliche Voraussetzung für den langfristigen Erfolg der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Denn so viel steht nicht erst seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine fest: Die Zeiten großer nationaler Entwicklungsprogramme sind vorüber. Sie machen militärisch, strategisch und auch ökonomisch keinen Sinn mehr. Nur im europäischen Entwicklungsverbund lassen sich die erforderlichen Fähigkeiten sowie Stückzahlen erreichen. Aus diesem Grund sind Programme wie das 2017 von Deutschland und Frankreich initiierte *Future Combat Air System* (FCAS), ein vernetztes Luftkampfsystem inklusive eines neuen

Kampflugzeugs, oder das *Main Ground Combat System* (MGCS), die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Kampfpanzers, der richtige Weg. Die von Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien auf den Weg gebrachte Entwicklung der Eurodrone, eine europäische Aufklärungs- und Kampfdrohne, fällt ebenfalls in diese Kategorie. Alle diese Programme sind dezidiert europäisch angelegt und stehen weiteren Partnernationen offen. So ist Spanien 2019 als dritter Partner dem FCAS beigetreten. Weiterhin zeichnen sie sich allesamt dadurch aus, dass in ihnen eine umfassend gemeinschaftliche Entwicklung der beteiligten europäischen Unternehmen vorgesehen ist. Das ist in diesem Ausmaß ein industrielles Novum, das dringend erforderlich ist, um die nötige Integration der europäischen Industrielandschaft voranzutreiben. Dass das für einige Unternehmen eine neue Erfahrung ist und an der einen oder anderen Stelle einer gewissen Gewöhnungsphase bedarf, liegt in der Natur der Sache. Jedoch steht außer Frage – und die russische Bedrohung Europas hat dies eindrucksvoll unterstrichen –, dass es eine Rückkehr zu nationalen Entwicklungslinien nicht geben kann und darf, will Europa seinen selbstformulierten Anspruch, ein auch militärisch souveräner Akteur in der Weltpolitik zu sein, aufrechterhalten und in die Realität umsetzen.

Europa muss militärisch stärker werden und global mehr Verantwortung übernehmen. Diese Erkenntnis ist nicht neu, war jedoch über Jahrzehnte hinweg vor allem in Deutschland eher Bestandteil politischer Sonntagsreden als aktiven politischen Handelns. Das hat sich seit der russischen Invasion der Ukraine geändert. Das Handlungsmandat liegt nun klar bei der Politik – aus industrieller Sicht erscheinen dabei folgende Aspekte besonders relevant:

- ➔ Wie bereits erwähnt, muss der europäische Grundsatz klar im Vordergrund stehen. Nationale militärische Großentwicklungen gehören der Vergangenheit an. Keines der oben genannten Programme, sei es FCAS, MGCS oder Eurodrone, lässt sich allein national stemmen. Stattdessen müssen die europäischen Fähigkeiten gebündelt werden, sowohl technologisch als auch finanziell. Das Unternehmen, das in einem bestimmten Segment über die besten Fähigkeiten verfügt, muss mit der Entwicklung der entsprechenden Komponente betraut werden – etwaige nationale

Interessen müssen darüber bisweilen in den Hintergrund treten. Was zählt, ist das bestmögliche Ergebnis für Europa.

- ➔ Die Realisierung derlei Großprogramme bedarf einer umfassenden Planung und Koordination. Sowie der klaren strategischen Vorausschau, welche Fähigkeiten in welchem Zeitrahmen benötigt werden. Dabei geht es auch darum, europäische Fähigkeiten klug mit den Anforderungsprofilen unserer außereuropäischen Partner sowie der NATO abzustimmen. Der im März 2022 vom EU-Rat beschlossene „Strategische Kompass“, ein umfassender Aktionsplan für die Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU bis 2030, ist ein richtiger und wichtiger Schritt in diese Richtung. Die Zielsetzung ist klar formuliert: Angestrebt wird eine „stärkere und fähigere EU [...], die einen konstruktiven Beitrag zur globalen und transatlantischen Sicherheit leistet“.

- ➔ Neben langfristigen Entwicklungsprogrammen lässt sich die europäische Verteidigungsfähigkeit auch durch kurzfristige Beschaffungsmaßnahmen verbessern. Die erforderlichen Produkte und Fähigkeiten sind vorhanden, etwa im Bereich der militärischen Luftfahrt, der Cybersicherheit, dem Schutz von Grenzen oder kritischer Infrastruktur. Auch hier ist eine enge europäische Abstimmung erforderlich, um Fähigkeiten entsprechend zuzuordnen und Duplizierungen zu vermeiden. Um dies kurzfristig zu erreichen, ist es dringend erforderlich, die Effizienz bei der Beschaffung zu steigern – sowohl aufseiten der Staaten als auch der Industrien. Politisch, indem man etwa den in Deutschland geltenden nationalen Schwellenwert für Beschaffungsprojekte, er liegt derzeit bei 25 Millionen Euro, anhebt, und so den handelnden Akteuren eine größere Gestaltungsfreiheit einräumt. Industriell, indem europäische Gemeinschaftsprojekte – und damit auch die Konsolidierung der Unternehmenslandschaft – konsequent vorangetrieben werden. Eine effiziente europäische Beschaffungsbehörde, die das europäische Beschaffungswesen umfassend überblickt und koordiniert, wäre mittel- bis langfristig eine sinnvolle Maßnahme.

- ➔ Export ist und bleibt ein wichtiges Thema, das regelmäßig für Konflikte zwischen den europäischen Partnern sorgt, politisch wie auch industriell. Auch hier kann eine vernünftige Lösung mittelfristig nur europäischer Natur sein. Ein solches europäisches Regime wird zwangsläufig ein Kompromiss sein, gleichwohl ist es wichtig, dass sich Deutschland nicht mit maximalen Restriktionsforderungen ins Abseits stellt – Forderungen, denen man etwa in Frankreich oder Großbritannien niemals zustimmen würde und die in letzter Konsequenz sogar europäische Gemeinschaftsprojekte in Gänze infrage stellen können. Dass mit Rüstungsexporten auch strategische Ziele verfolgt werden können sowie ein Beitrag zur Verteidigung unserer westlich-liberalen Werteordnung geleistet werden kann, zeigt die auch militärische Unterstützung der Ukraine exemplarisch.

- ➔ Die technologische Komplexität von Verteidigungssystemen wird weiter zunehmen. Das gilt sowohl für die Vernetzung von Komponenten als auch für den Einsatz neuer Technologien wie Künstlicher Intelligenz (KI). Dem dürfen sich Deutschland und Europa nicht verschließen, wollen sie in den kommenden Jahren und Jahrzehnten den Anschluss an Länder wie die USA oder China nicht verlieren. Vor allem hierzulande bekannten Vorbehalten gegen den Einsatz von KI in der Verteidigung gilt es entgegenzuwirken. Hier steht auch die Industrie in der Verantwortung, für entsprechende Aufklärung sowie gesellschaftliche Einbindung zu sorgen. Aus diesem Grund hat Airbus zusammen mit der Fraunhofer-Gesellschaft 2019 einen Arbeitskreis ins Leben gerufen, der die Entwicklung des FCAS und insbesondere die Anwendung von KI in einem FCAS begleitet. Ziel ist es, normative Kriterien aufzunehmen und in den Designprozess eines FCAS zu integrieren – unter anderem zu der Frage, wo in einer Mission der menschliche Eingriff zwingend erforderlich ist, und an welchen Stellen Automatisierung mehr Leistungsfähigkeit und höhere Sicherheit für Menschen und Material verspricht. Ziel ist es auch hier, absehbar einen gemeinsamen europäischen Weg zu finden, um sich

über derlei wichtige normative Aspekte bei europäischen Rüstungsvorhaben grenzüberschreitend auszutauschen und zu verständigen.

Um die gesellschaftliche Akzeptanz der Rüstungsindustrie ist es vor allem in Deutschland noch nicht zum Besten gestellt. Dafür allein historische Gründe ins Feld zu führen, ist – auch das hat der Krieg in der Ukraine gezeigt – zu kurz gedacht. Gerade weil Deutschland im 20. Jahrhundert gewaltige Schuld auf sich geladen hat, steht es heute in der Pflicht, für die gemeinsamen Werte Europas mit Nachdruck einzustehen.

Die gesellschaftliche Debatte ist davon noch ein Stück weit entfernt: Bis zum Ausbruch des Ukraine-Krieges war sogar geplant, über die Sozialtaxonomie den Unternehmen den Zugang zum Kapitalmarkt zu versperren. Das Thema ist selbst angesichts der mittlerweile grundlegend veränderten geopolitischen Gefährdungslage noch nicht abschließend beigelegt.

Dieses Image ist dem gemeinsamen Ziel der Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit nicht zuträglich. Politik und Industrie sollten hier deutlich stärker als bisher an einem Strang ziehen, wenn es darum geht, die Gesellschaft – und gerade auch die kritischen Teile der Gesellschaft – von der Notwendigkeit einer leistungsfähigen deutschen und europäischen Sicherheitsindustrie zu überzeugen. Es ist kein gutes Zeichen, dass es erst eines brutalen Angriffskrieges in Europa bedurfte, um das Thema Sicherheit und Verteidigung politisch auf die nötige Bedeutungsebene zu heben. Fehler und Versäumnisse der vergangenen Jahre und Jahrzehnte wurden mittlerweile erkannt und oftmals auch eingeräumt. Bleibt zu hoffen, dass dieses Momentum anhält, wenn der Krieg in der Ukraine hoffentlich bald beendet sein wird.